Kurzposition

Entwicklung der Energiepreise

Eine sichere Versorgung mit Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen ist ein zentraler Standortfaktor für die energieintensive Grundstoffindustrie in Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung der Energiepreise besorgniserregend. Der starke Anstieg der Strompreise auf das derzeitige hohe Niveau ist für die Unternehmen der deutschen NE-Metallindustrie ein erhebliches Risiko für deren internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Entwicklung der Energiepreise: Die Energiepreise sind in den letzten Monaten stark angestiegen und haben sich auf einem für die Wettbewerbsfähigkeit der Grundstoffindustrie gefährdenden Niveau eingependelt. Für die Unternehmen der NE-Metallindustrie sind insbesondere der Anstieg der Strompreise und der Anstieg der Gaspreise relevant. Die Strompreise haben sich im Mittel, gegenüber dem seit dem Anstieg im Vorjahr im Mittel verdreifacht und befinden sich aktuell am Spotmarkt im Mittel auf einem Niveau über 150 Euro die Megawattstunde (MWh). Hinzu kommen signifikante Ausschläge nach oben. Auch am Terminmarkt hat sich die Lage für die Unternehmen erheblich verschlechtert: Die Preise haben sich gegenüber dem letzten Jahr verdoppelt und befinden sich aktuell für die verbleibenden Quartale des Jahres 2022 bei ca. 160 Euro und das kommende Jahr auf einem Niveau von ca. 120 bis 140 Euro die MWh.

Bei den Gaspreisen liegen die Preise am Spotmarkt etwa beim 3 - 5fachen im Vergleich zum Vorjahr. Am Terminmarkt haben sich die Preise verdoppelt. Sekundärmetallhütten aus unserer Branche, die als wichtiger Teil der Kreislaufwirtschaft eine zentrale Rolle bei der Transformation hin zur Nachhaltigkeit des Wirtschaftsstandorts spielen, leiden erheblich unter den signifikanten Kostensteigerungen beim Erdgas.

Insbesondere der Preisanstieg an den Terminmärkten gibt Anlass zur Sorge, da sich daraus ableiten lässt, dass sich das neue, hohe Preisniveau auf einem solchen – für die Unternehmen wettbewerbsgefährdendem – Niveau einpendelt. Ohne politische Maßnahmen wird sich keine Besserung einstellen. Daran wird auch die geplante Beschleunigung beim EE-Ausbau nichts ändern, weil die Angebotsseite nach wie vor von den variablen Kosten der konventionellen, bzw. steuerbaren Kraftwerken dominiert wird.

Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der NE-Metallindustrie: Wie bereits oben beschrieben, stellt das aktuelle Preisniveau eine zunehmend akute Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen hierzulande dar. Im Kreis der energieintensiven Grundstoffindustrien ist die NE-Metallindustrie durch ihre hohe Stromkostenintensivität besonders sensitiv gegenüber Strompreisanstiegen, wie eine Untersuchung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI) zeigt.¹ Da die steigenden Preise auf unsere Unternehmen in zunehmendem Maße durchschlagen, sind auch in der NE-Metallindustrie bereits Produktionskürzungen und -ausfälle zu beobachten, weil die Unternehmen gezwungen sind, zur Begrenzung des aus den hohen Stromkosten resultierenden wirtschaftlichen Schadens ihre Produktion zu drosseln.

Die meisten Unternehmen sind schon jetzt durch die Energiepreisanstiege der vergangenen Monate belastet. Es gibt zwar Unternehmen, die in ihren unterschiedlichen Einkaufsstrategien Preissicherungen im Terminmarkt vorgenommen haben. Doch diese sind zeitlich begrenzt, so dass bald alle Unternehmen mit den hohen Energiepreisen konfrontiert werden. Die hohen Strom- und Erdgaspreise

¹ Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (EWI): „Stromkosten der NE-Metallindustrie – Eine Sensitivitätsanalyse“ i.A. der WVMetalle, Mai 2019, [Link](#).

schweben damit wie ein Damoklesschwert über der NE-Metallindustrie. Wenn keine Abhilfe geschaffen wird, drohen weitere Produktionskürzungen und -ausfälle – dies würde auch die angespannte Situation bei der Rohstoffsicherung entlang der Wertschöpfungskette weiter verschärfen. Es gilt daher, dringend gegenzusteuern.

In einzelnen Fällen besteht auch schon jetzt eine direkte Betroffenheit, weil der Energieversorger aufgrund der hohen Preise den Vertrag gekündigt hat und den Strom oder das Gas nicht mehr zum vereinbarten Preis liefert. Im konkreten Fall sieht sich ein Mittelständler aus der Metallweiterverarbeitung mit einem 5mal so hohen Strompreis konfrontiert. Für den Mittelständler ist dies ein existenzgefährdendes wirtschaftliches Risiko.

Forderungen der NE-Metallindustrie: Für den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit und zur erfolgreichen Umsetzung der Transformation hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaft brauchen die Unternehmen der NE-Metallindustrie langfristig stabile und international wettbewerbsfähige Energiepreise. Die derzeitigen Entwicklungen laufen diesem Ziel diametral entgegen. Hier gilt es gegenzusteuern und Instrumente zu schaffen, die den Unternehmen CO₂-freien Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen verlässlich sichern. Das Bundeswirtschaftsministerium muss hierzu zügig in den Dialog mit der Industrie treten und Instrumente und Lösungen erarbeiten.

Kurzfristige Maßnahmen: Als a) Kurzfristige Maßnahmen schlagen wir vor, dass die Politik zeitnah einen **Dialog zwischen BMWi und Industrie** aufsetzen sollte, um Lösungen zu eruieren. Darüber hinaus sollen kurzfristige Maßnahmen **Insolvenzen verhindern**, die **Bereitstellung von Liquidität adressieren** und **Härtefälle in den Blick nehmen**.

Mittelfristige Maßnahmen: Als b) mittelfristige Maßnahmen schlagen wir vor, dass die Bundesregierung die **in Aussicht gestellten Entlastungsregelungen** (Ausgleichsmechanismus nach § 55 KVBG, Zuschuss zu den Netzentgelten in § 24a EnWG) dringend umsetzen muss. Des Weiteren muss die Bundesregierung verhindern, dass weitere Baustellen in puncto Entlastungsregelungen entstehen – dies betrifft etwa das Auslaufen des Spitzenausgleichs. Der **Spitzenausgleich** endet nach 2022. In unserer Mitgliedschaft besteht die Sorge, dass nicht rechtzeitig eine Nachfolgeregelung geschaffen wird und somit eine Regulierungslücke entsteht. Wir empfehlen daher die Verlängerung des Spitzenausgleichs für zwei Jahre. Zudem besteht durch den Kohleausstieg Handlungsbedarf bei den individuellen Netzentgelten durch Änderungen am physikalischen Pfad, wie dies auch der Bundesrat in seinem Beschluss vom 25.06.2021 (Drucksache 441/21) aufgegriffen hat.

Aus Sicht unserer Unternehmen muss die Politik dringend einen verlässlichen und langfristig stabilen Carbon-Leakage-Schutz für die Grundstoffindustrie schaffen. Mehrbelastungen durch die Klimaschutzpolitik müssen wirkungsvoll vermieden werden und Strom und Gas zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung gestellt werden.

Das zukünftige Energiesystem muss so ausgestaltet werden, dass einerseits wettbewerbsfähige Strompreise für industrielle Prozesse gewährleistet werden und andererseits der Ausbau erneuerbarer Energien weiter fortschreiten kann. Hierbei gilt es neue Wege zu gehen und innovative Instrumente der Finanzierung zu schaffen: Konzepte wie die Ausgestaltung eines **europäischen Industriestrompreises**, **Contracts for Difference (CfD)**, **Power-Purchase-Agreements (PPAs)** sollten dabei als Instrumente des zukünftigen Strommarktdesigns geprüft werden. Zum Industriestrompreis hat sich die WVMetalle bereits Gedanken gemacht und ein **Konzept** ausgearbeitet.

POSITIONEN ZUM THEMA ENERGIEPREISE

1. **Entwicklung der Energiepreise:** Durch ihren Anstieg in den letzten Monaten haben die Energiepreise für Strom und Gas ein für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährliches Niveau erreicht.
 2. **Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der NE-Metallindustrie:** Die meisten Unternehmen sind schon jetzt durch die Energiepreisanstiege der vergangenen Monate belastet. Es gibt zwar Unternehmen, die in ihren unterschiedlichen Einkaufsstrategien Preissicherungen im Terminmarkt vorgenommen haben. Doch diese sind zeitlich begrenzt, so dass bald alle Unternehmen mit den hohen Energiepreisen konfrontiert werden. Die hohen Strom- und Erdgaspreise schweben damit wie ein Damoklesschwert über der NE-Metallindustrie.
 3. **Dialog zwischen Bundesregierung und Industrie eröffnen und Instrumente und Lösungen erarbeiten:** Das Bundeswirtschaftsministerium muss zügig in den Dialog mit der Industrie dazu treten und Instrumente und Lösungen erarbeiten, mit denen wettbewerbsfähige Energiepreise – insbesondere für Strom und Gas – sichergestellt werden können. **Kurzfristige Maßnahmen** sollen Insolvenzen verhindern, die Bereitstellung von Liquidität adressieren und Härtefälle in den Blick nehmen. **Mittelfristige Maßnahmen** sollten bei der Umsetzung der in Aussicht gestellten Entlastungsregelungen (Ausgleichsinstrument nach § 55 KVBG; Zuschuss zu den Netzentgelten nach § 24a EnWG) ansetzen, neue Mehrbelastungen wirkungsvoll verhindern und mittelfristig einen verlässlichen und langfristig stabilen Carbon-Leakage-Schutz für die Grundstoffindustrie sicherstellen.
-

Berlin, den 15. Februar 2022

Kontakt:

Michael Schwaiger
Leiter Energiepolitik
Telefon: 030 / 72 62 07 – 122
E-Mail: schwaiger@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin